Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn www.so.ch

Herrn Bundespräsident
Samuel Schmid
Eidg. Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

14. März 2006

Überlassung der persönlichen Waffe anlässlich der Entlassung aus der Wehrpflicht; Anhörung zur Neuregelung der Abklärung allfälliger Hinderungsgründe

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Sehr geehrte Damen und Herren

Sie laden uns mit Schreiben vom 24. Januar 2006 ein, i.S. Überlassung der persönlichen Waffe anlässlich der Entlassung aus der Wehrpflicht; Anhörung zur Neuregelung der Abklärung allfälliger Hinderungsgründe, Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Vernehmlassung. Wir haben die drei Varianten

- 1. Selbstdeklaration und Abklärung in kantonalen Polizeiregistern
- 2. Strafregisterauszug (evtl. ergänzt mit Selbstdeklaration)
- 3. Waffenerwerbsschein (evtl. ergänzt mit Selbstdeklaratoin)

geprüft und äussern uns wie folgt:

Die Varianten 2 und 3 bedingen eine Änderung der Rechtsgrundlage (VPAA) und die zusätzlichen Kosten für die Nachweis-Dokumente kommen für den Angehörigen der Armee zu den Abänderungs-kosten (100 Fr.) hinzu.

Wir geben der Variante 1 den Vorzug, weil die Vorteile überwiegen, die Lösung einfach ist und sie sich in der Praxis bewährt hat sowie die Rechtsgrundlagen nicht geändert werden müssen. Wir haben schon in den Jahren 2004 und 2005 an jeweils zehn Entlassungsinspektionen mit ca. 7'000 Angehörigen der Armee, diesen Weg gewählt und in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei einen raschen, unkomplizierten und effizienten Ablauf sicherstellen können. Diese Abwicklung hat sich in der Praxis gut bewährt.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen im Rahmen der weiteren Behandlung dieses Geschäftes angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. sig.

Christian Wanner Dr. Konrad Schwaller Landammann Staatsschreiber